



ASIEN/INDIEN – Die Christen: Nein zum neuen Anti-Konversionsgesetz in Madhya Pradesh

Bhopal (Fidesdienst) – Die Christen im zentralindischen Staat Madhya Pradesh stemmen sich vehement gegen eine Maßnahme, die bereits bestehenden über das Konversions-Verbot noch weiter verschärft. Der neue Gesetzestext wurde von der von der hinduistischen Nationalpartei “Bharatiya Janata Party” gebilligt. In Madhya Pradesh ist bereits seit 1968 der “Religious Freedom Act” in Kraft, der den Übertritt von einer Religion zu einer anderen reglementiert. Das neue Gesetz sieht vor, dass eine Person, die die Religion wechseln will, den Distriktrichter über ihre Absicht unterrichten muss. Außerdem verpflichtet es die Geistlichen, die einer „Konversions-Zeremonie“ (d.h. einer Taufe) vorstehen, die Regierung des jeweiligen Staates einen Monat über das genaue Datum, Ort und Uhrzeit des Glaubenswechsels informieren müssen; andernfalls riskieren sie Strafen. Es folgt danach eine administrative Untersuchung der Polizei, mit der herausgefunden werden soll, ob die Konversion erzwungen wurde. Die Christen befürchten, dass dies in erneute Gewaltakte gegen die Priester ausarten werde.

„Das Gesetz scheint vielen Bürger den falschen Eindruck zu geben, dass der Glaubenswechsel in Indien illegal sei, und dies wird von Extremisten-Gruppen geschürt, die die Ideologie des Hindutva mit religiösem Fanatismus verbreiten“, heißt es in einer an den Fidesdienst gesandten Mitteilung des „Globalrates der indischen Christen“ (Gcic), in dem indische Christen verschiedener Konfessionen vertreten sind. „Eine derartige, voreilige Entscheidung ist Teil eines Plans, der ein Klima der Verdächtigungen und des Hasses gegenüber den Christengemeinden im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2014 schaffen will“, klagt der Gcic. Gesetze wie dieses, heißt es weiter, „haben eine negative soziale Wirkung auf die Christen, wenn sie als Personen dargestellt werden, deren Ziel der Proselytismus sei. Auf diese Weise werde die wertvolle Sozialarbeit der Christen für die Bedürftigen und Notleidenden geschmälert. Anti-Konversionsgesetze gibt es derzeit in 28 Staaten und in 7 Territorien der Union. Die Gesetze versuchen – auf dem Papier – Zwangskonversionen zu bremsen. Dem Gcic zufolge behindern die Gesetze aber den Glaubenswechsel insgesamt und werden von nationalistischen Hindu-Gruppen missbraucht, um die religiösen Minderheiten zu treffen. (PA) (Fidesdienst 9/7/2013)